

**Jahresbericht 2018 des Kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus,
Rassismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 13918

7 Anlagen

Bekanntgabe im Verwaltungs- und Personalausschuss vom 13.03.2019
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Das Kommunale Netzwerk

Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle, um rechtsextremen, rassistischen und menschenfeindlichen Einstellungs- und Verhaltensmustern wirksam entgegenzutreten. Trotz der unzähligen Beispiele für eine intakte, lebendige und verantwortungsvolle Münchner Stadtgesellschaft darf nicht verdrängt werden, dass es auch in München – wie überall in Deutschland – zunehmend zu Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten oder Menschen mit bestimmten Merkmalen kommt.

Die Landeshauptstadt München hat in den vergangenen Jahren ein **Kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** geschaffen, in dem verschiedene Stellen und Initiativen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung auf der Basis ihrer eigenen Fachlichkeit und Spezialisierung zusammenwirken.

Die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle für Demokratie berät den Oberbürgermeister und den Stadtrat. Sie dient als Schnittstelle zwischen Verwaltung, anderen Behörden und Zivilgesellschaft und **koordiniert auch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Stellen des Netzwerkes**. Dabei bündelt sie Informationen und Know-how mit dem Ziel, die demokratische Stadtgesellschaft zu stärken. Neben der Fachstelle gehören zum Netzwerk beispielsweise

1. die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm), die den Bereich Recherche, Dokumentation und Information abdeckt (siehe Bericht als Anlage 1),
2. die Opferberatungsstelle Before e.V. zur Unterstützung für Betroffene bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt (Anlage 2),
3. für die pädagogische Vermittlung von Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention das Netzwerk demokratische Bildung (Anlage 3), das Bildungskollektiv „Die Pastinaken“ (Anlage 4),
4. die Fachstelle Demokratische Jugendbildung beim Kreisjugendring und seit Ende

- 2018 das Demokratiemobil des Kreisjugendring München Stadt (Anlage 5)
5. die Beauftragten gegen Rechtsextremismus bei den Bezirksausschüssen für die Stadtteilarbeit und
 6. das zivilgesellschaftliche Bündnis „München ist bunt!“ e.V. (Anlage 6)
 7. das Stadtjugendamt – Bereich politische Bildung – als Anlaufstelle und für Hilfestellungen für die pädagogische Praxis und unterstützende Beratung im Bereich Rechtsextremismus und Radikalisierung (Anlage 7)

Um die Arbeit der einzelnen Netzwerkstellen noch breiter bekannt zu machen und den Stadtrat über deren einzelne Tätigkeiten genauer zu informieren, haben im Rahmen dieser Bekanntgabe die Netzwerkstellen jeweils eigene kurze Berichte zu ihrer Tätigkeit im Jahr 2018 erstellt. Diese finden Sie im Anhang zu dieser Bekanntgabe. Die Berichte wurden durch die Netzwerkstellen eigenständig erstellt und liegen redaktionell und inhaltlich in der Verantwortung der jeweiligen Verfasser.

Die Fachstelle für Demokratie hat die Bündelung übernommen und stellt die wesentlichen Eckpunkte der eigenen Arbeit im Jahr 2018 vor.

2. Bericht der Fachstelle für Demokratie

2.1 Zunahme rechtsextremer und rechtspopulistischer Aktivitäten, Schulterschluss zwischen extremer Rechte und Mitte der Gesellschaft

Im Jahr 2018 haben sich die Herausforderungen der vielfältigen Münchner Stadtgesellschaft mit den unterschiedlichen Formen und Phänomenen des Rechtsextremismus noch weiter ausdifferenziert.

Insbesondere die Agitation gegen Geflüchtete und den Islam als solchen bzw. gegen Muslime als (vermeintlich) "kriminelle Invasoren" mit dem Ziel einer Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland ist zentrales Thema der extremen Rechten und dient den unterschiedlichen Gruppierungen, Parteien und Einzelpersonen oftmals als Bindeglied.

Dabei werden lokal und bundesweit begangene Straftaten verallgemeinert, mit reißerischen Oberbegriffen versehen („Messer-Morde“, „Messer-Männer“, „Massen-“ oder „Gruppenvergewaltigungen“ etc.) und sodann ausschließlich einer bestimmten Gruppe – jungen, geflüchteten Männern muslimischen Glaubens – zugeschrieben. Flankiert und unterstützt von einschlägigen pseudo-journalistischen Portalen sowie Social-Media-Kanälen verbreiten die verschiedenen Akteure das Narrativ von der sich rapide verschlechternden Sicherheitslage auch in der Landeshauptstadt München, mit Brennpunkten an zentralen Plätzen wie Hauptbahnhof und Stachus sowie rund um Geflüchtetenunterkünften.

Weiterhin geht die Abwertung einer bestimmten Gruppe oft einher mit der Darstellung eines Verteilungskampfes um begrenzte Ressourcen. Zentrales Argument extrem rechter Agitation ist, dass Geflüchtete, Muslime, Sinti und Roma oder andere Gruppen mit der restlichen Bevölkerung um Güter konkurrieren. Bei diesen Gütern handelt es sich vor allem um bezahlbaren Wohnraum, aber auch um Sozialleistungen, oder um Zugang zur Politik. Behauptet wird, dass die als „fremd“ gekennzeichnete Gruppe bevorteilt, während die „Alteingesessenen“ benachteiligt würden. Diese

Strategie der extremen Rechten fällt teilweise auf fruchtbaren Boden – auch weil es faktisch soziale Ungleichheit in unserer (Stadt-)Gesellschaft gibt.

Das Pegida Organisationsteam nahm nach einer Unterbrechung der Veranstaltungen im November 2017 zu Beginn des Jahres 2018 seine Aktivitäten wieder auf und führte während des gesamten Jahres wöchentlich drei Versammlungen in der Innenstadt durch. Nach dem aus dem Vorjahr bekannten Muster erfolgte ab Ende November erneut eine Unterbrechung der Aktivitäten, die Organisatoren sind aber weiterhin in verschiedenen Kontexten in München präsent, so dass im Frühjahr 2019 mit einer Fortsetzung der Pegida-Versammlungen zu rechnen ist.

Neben der rechtsextremen Partei *Der III. Weg*, die weiterhin unter anderem mit ihrer sog. „Deutsche Winterhilfe“ und mehreren Flugblatt-Verteilungs-Aktionen auf Weihnachtsmärkten und in Briefkästen in München aktiv ist, wurde ab Anfang des Jahres das Prinzip der „nationalen Streife“ auch wieder von den sogenannten *Soldiers of Odin* genutzt. Die Gruppierungen versuchen den Eindruck zu erwecken, dass die Polizei nicht mehr für die öffentliche Ordnung sorgen könne.

In München wurden die *Soldiers of Odin* von Einzelpersonen des bekannten rechtsextremen Spektrums unterstützt, an mindestens einem der Patrouillengänge nahm auch ein Mitglied der griechischen neonazistischen Partei „Chrysi Avgi“ („Goldene Morgenröte“) teil.

Bislang gab es „Streifengänge“ dieser Gruppierungen in Pasing und am Hauptbahnhof München, sowie am Ostbahnhof und Umgebung. Mitte des Jahres verschwand die Gruppierung zunächst, tauchte kurze Zeit später jedoch wieder auf, nunmehr unter dem Namen „Wodans Erben Germany“.

Die *Identitäre Bewegung* (IB) hat sich in München als rechtsextremer Akteur etabliert. Sie propagiert das Konzept des Ethnopluralismus, nach der Völker ihre Identität nur als ethnisch homogene Gemeinschaften ohne Vermischung mit anderen bewahren könnten. Vor allem agitiert die IB gegen eine angebliche Massenzuwanderung und Islamisierung, den „Identitätsverlust des europäischen Kontinents“ und den „demografischen Kollaps Deutschlands“ im Rahmen des sogenannten „Großen Austauschs“. Das Konzept des „Großen Austauschs“ geht von einem durch politische und kulturelle Eliten vorangetriebenen und durch staatliche Institutionen organisierten Bevölkerungsaustausch in Deutschland und Europa aus. Die Vorstellung weist Parallelen zu völkisch-biologistischen Denkmustern auf, die sich auch in den in der rechtsextremistischen und neonazistischen Szene verbreiteten Konzepten des „Volkstodes“ und der „Umvolkung“ widerspiegeln.

In Deutschland haben IB-Aktivist:innen maßgeblich die nach der Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms benannte Kampagne „120 Dezibel“ (120db) gestaltet. Die Kampagne ruft Frauen dazu auf, unter dem Hashtag „#120db“ ihre Erfahrungen mit „Überfremdung, Gewalt und Missbrauch“ in Text-, Bild- und Videobeiträgen zu schildern und im Internet zu verbreiten.

Darüber hinaus finden auch einzelne Aktionen statt, zuletzt in München am 09. Dezember am Friedensengel.

Die Aktion, die unter dem ergänzenden Motto „Frauen gegen importierte Migrantengewalt“ firmiert, orientiert sich in Form und Aufmachung an der Anti-Missbrauchs-

kampagne „#metoo“. Thematisiert werden im Rahmen der Kampagne jedoch ausschließlich Fälle von sexualisierter Gewalt gegenüber Frauen in Europa, die mutmaßlich durch Migranten begangen wurden.

Auffallend ist der – teilweise auch offen propagierte - zunehmende Schulterchluss zwischen Akteuren der extremen Rechten, rechtspopulistischer Parteien und christlich-fundamentalistischen Abtreibungsgegnern.

Im Laufe des Jahres führte der Verein „Helfer für Gottes kostbare Kinder Deutschland e.V.“ in der Hans-Stützle-Straße in Freiham mehrere „Mahnwachen“ und sog. „Gehsteigberatungen“ durch. Frauen, die sich (vermeintlich) auf dem Weg zu einer Abtreibung befinden, wurden durch einzelne Aktivisten vor der dortigen Klinik angesprochen und auf Transparenten mit Bildern teilweise drastischer Darstellungen von abgetriebenen Föten konfrontiert.

Darüber hinaus veranstaltete die Bewegung mehrere Demonstrationen im Stadtgebiet, bei der die Thematik mit dem für die Szene der sog. „Abtreibungsgegner“ typischen aggressiven Framing behandelt wurde.

Insbesondere werden Begriffe wie „Mord“ im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbruch verwendet und die betroffenen Frauen bzw. das beteiligte medizinische Personal kriminalisiert.

Das Thema Abtreibung kann neben der sog. „Islamisierung“ und dem sog. „Genderwahn“ als das dritte wichtige Schnittstellenthema zwischen ultrakonservativen Christen und rechtsgerichteten Milieus bezeichnet werden:

Die Frau vor allem in der ihr von der Natur aus zugedachten Rolle als Mutter, die heterosexuelle Kleinfamilie als natürliche Grundlage von *Volk*, Staat und Gesellschaft, Slogans wie „eine Willkommenskultur nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Nichtgeborene“, - hier ergeben sich aus Sicht der verschiedenen Akteure Möglichkeiten, rechte Ideen und Weltbilder weiter in die Mitte der Gesellschaft zu verschieben.

Zuletzt war in München - z.B. im Rahmen der sogenannten „Gelbwesten-Proteste“ - eine im Hinblick auf die politische Zusammensetzung breite und diffuse Mobilisierung zu beobachten. Hierbei wurde seitens der Organisatoren nicht konsequent auf eine Abgrenzung zu rechtsextremen Aktivisten Wert gelegt. Auch wenn die Teilnehmerzahl derzeit nicht über weniger hundert Akteure hinausgeht, gilt es diese Entwicklung im Auge zu behalten.

Der Szene „der **Reichsbürger und Selbstverwalter**“ wurden in Bayern 2018 insgesamt rund **4.200 Personen** zugerechnet (LfV, Stand: 30.06.2018), davon etwa **330** in München. Das Spektrum der Reichsbürger und Selbstverwalter reicht von Querulanten und Verschwörungstheoretikern bis hin zu Geschäftemachern, psychisch Kranken und Personen mit geschlossenem rechtsextremistischem Weltbild.

Auch 2018 ergaben Hausdurchsuchungen in München bei als „Reichsbürger“ identifizierten Personen erneut teilweise spektakuläre Waffenfunde, in einem Fall mit bis zu 50 Waffen und Sprengstoff.

Die Münchner Stadtverwaltung war neben dem Bereich „Entzug von waffenrechtlichen Erlaubnissen“ auch 2018 an unterschiedlichen Stellen mit Anhängern dieser Ideologien konfrontiert. Durch sogenannten „paper terrorism“ - den Versand seiten-

langer Schreiben, die teilweise persönliche Angriffe und Drohungen enthalten – sollten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeschüchtert und Behörden bei der Arbeit behindert werden.

Die Fachstelle für Demokratie gibt hier bereits seit Jahren mit der Handreichung "Hinweise zum Umgang mit 'Reichsbürgern'" den Bediensteten der Landeshauptstadt München eine erste Orientierung und berät im Einzelfall betroffene Kolleginnen und Kollegen.

Zuletzt wurde von der Fachstelle für Demokratie eine Dienstanweisung zum Thema Reichsbürger und Selbstverwalter erarbeitet.

2.2 Herausforderungen für das demokratische Gemeinwesen

Das demokratische Gemeinwesen Münchens sah sich im Jahr 2018 nach wie vor großen Herausforderungen gegenüber. Insbesondere die Landtagswahlen haben sehr viel Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Die Fachstelle für Demokratie hat sich ihrem Auftrag entsprechend für die demokratische Kultur und ein weltoffenes Klima in München eingesetzt.

Zur Bundestagswahl 2017 hatte die Fachstelle für Demokratie beim Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München eine Nachwahlbefragung in Auftrag gegeben. Das primäre Forschungsziel lag auf der Untersuchung von Ursachen und Gründen für die individuelle Entscheidung an der Wahl teilzunehmen oder dieser fern zu bleiben. Der Fokus der Untersuchung lag einerseits darauf, Unterschiede z.B. hinsichtlich der Einstellungen zu bestimmten politischen Themen zwischen Wähler*innen und Nichtwähler*innen zu identifizieren. Andererseits sollte analysiert werden, welche Bedingungen dazu beitragen können, Nichtwähler*innen zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren. Die Untersuchung knüpft an eine Reihe von Nichtwähler*innenstudien aus München und aus dem Bundesgebiet an und greift deren Fragestellungen zum Teil auf.

Hinsichtlich möglicher Unterschiede zwischen Wähler*innen und Nichtwähler*innen stehen Merkmale des sozio-ökonomischen Status (Bildung, berufliche Stellung, Einkommen) sowie Einstellungen zu bundespolitischen und insbesondere stadt-spezifischen Themenbereichen im Mittelpunkt. Die Studie trägt dazu bei,

- unterschiedliche (Nicht-)Wähler/innengruppen zu identifizieren
- Motive darzustellen, die zur Entscheidung von Wahl oder Nichtwahl führen
- Einstellungen zu bestimmten bundespolitischen und stadt-spezifischen Themen sowie langfristig
- stabile Einstellungskonstrukte zu erfassen, die eine mögliche Wahlbeteiligung beeinflussen.

Um dem Stadtratsantrag "Veröffentlichung und Diskussion der Ergebnisse der Studie über die "Nichtwähler/innen im Rahmen eines Fachgesprächs" (Antrag der SPD, 14-20 / A 03624) Rechnung zu tragen, organisierte die Fachstelle für Demokratie für interessierte Stadträtinnen und Stadträte aus den Fraktionen und Gruppierungen des Münchner Stadtrates sowie für die interessierte Fachöffentlichkeit einen Expertenvortrag mit anschließender Diskussion.

Die Ergebnisse der Studie flossen in den von der Fachstelle für Demokratie erarbeiteten zentralen Beschluss ein, der am 24.10.2018 unter dem Titel „Demokratie stär-

ken“¹ in der Vollversammlung beschlossen wurde. Die referatsübergreifende Beteiligung führte zu einem breiten Maßnahmenpaket. Durch den Beschluss wurden insbesondere die Bildungsarbeit des Bildungsträgers „Die Pastinaken“ (Anlage 4) und die innovative Arbeit der Fachstelle Demokratische Jugendbildung beim Kreisjugendring München-Stadt mit dem sogenannten Demokratiemobil (Anlage 5) gestärkt. Die Förderung der beiden Projekte soll entsprechend der Bekundung des Stadtrats ab dem Jahr 2019 verstetigt werden und in die Regelförderung übergehen.

Das Bildungskollektiv „Die Pastinaken“ leisten insbesondere an städtischen Schulen wichtige Aufklärungs- und Bildungsarbeit. In ihren Formaten vermitteln sie zentrale Werte der Grund- und Menschenrechte und motivieren junge Menschen zur selbstbestimmten Partizipation.

Das Demokratiemobil des Kreisjugendrings versucht mit einem neuen Format aufsuchende politische Bildungsarbeit in Vierteln durchzuführen, die in einem besonders hohen Maß nicht an der Wahl teilnehmen. Mit niederschweligen Methoden soll für die Demokratie und ihre Werte geworben werden.

Aus dem Beschluss „Demokratie stärken“ leitet sich außerdem der Auftrag an die Fachstelle für Demokratie ab, eine stadtweite Informations- und Aufklärungskampagne zu entwickeln, die Münchnerinnen und Münchner dazu motivieren soll an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Zentrale Elemente der Münchner Kommunalpolitik sollen mit innovativen Formaten für die Bürgerinnen und Bürger verständlich gemacht werden. In einem referatsübergreifenden Arbeitskreis unter Federführung der Fachstelle für Demokratie werden die Maßnahmen der einzelnen Referate miteinander verzahnt und zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden. Insbesondere das entstehende Bildungsmaterial soll stadtweite Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Verfügung gestellt werden.

Im Jahr 2018 wurde die erfolgreiche Kooperation mit REGSAM in einem weiteren Fachtag fortgesetzt. Die Veranstaltung diente vor allem der Vernetzung zwischen den einzelnen Akteuren und wurde sehr gut angenommen. Sowohl der Fachtag, als auch das Demokratiemobil werden in den Stadtteilen sehr gut besucht. Die Nachfrage für Einsätze des Demokratiemobils bei den Bezirksausschüssen ist sehr hoch.

1 Grundlage der Beschlussvorlage waren die Stadtratsanträge: Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (I) "Stadtrat vor Ort" Antrag Nr. 14-20 / A 04051 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018, Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (II) Mobile Bürgersprechstunde der Bezirksausschüsse Antrag Nr. 14-20 / A 04052 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018, Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (III) Aufklärungskampagne "So funktioniert Demokratie in München" Antrag Nr. 14-20 / A 04053 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018, Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (IV) "Meine Stimme zählt" spezielle Veranstaltungen für Erstwähler Antrag Nr. 14-20 / A 04054 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018, Nichtwähler an die Wahlurnen bringen (V) Informationskampagne bei der MVG und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften Antrag Nr. 14-20 / A 04055 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 07.05.2018, Demokratische Werte bei der Schüler- und Jugendbildung intensiver vermitteln Antrag Nr. 14-20 / A 03451 von Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 09.10.2017, Warum Kommunalpolitik sexy ist Antrag Nr. 14-20 / A 04056 von SPD Fraktion vom 07.05.2018.

2.3 Beauftragte der Bezirksausschüsse gegen Rechtsextremismus

Die Beauftragten der Bezirksausschüsse gegen Rechtsextremismus sind ein bedeutender Baustein der kommunalen Gesamtstrategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Mit hohem persönlichen Engagement setzen sich die Beauftragten in ihren Vierteln für eine offene und demokratische Stadtgesellschaft ein. Für die Fachstelle für Demokratie sind sie essentielle Partnerinnen und Partner in der Arbeit vor Ort. Die Beauftragten bekommen Entwicklungen in ihrem Viertel sehr schnell mit und können diese an die Fachstelle weiterleiten. Die Fachstelle unterstützt bei konkreten Fragen und organisiert regelmäßige Treffen, bei denen sich die Beauftragten der Bezirksausschüsse miteinander treffen und untereinander austauschen.

2.4 Fortbildungen

Seit gut einem Jahr führt die Fachstelle für Demokratie Fortbildungen für die Beschäftigten der Landeshauptstadt München durch. Da sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die im direkten Publikumsverkehr stehen immer häufiger mit rassistischen, diskriminierenden und menschenfeindlichen Aussagen konfrontiert sehen, gibt die Fachstelle ihnen niederschwellige Handlungsempfehlungen, wie sie im beruflichen Alltag entschieden und angemessen reagieren können.

2.5 Internationale Wochen gegen Rassismus – für 100 % Menschenwürde

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus werden bundesweit von der Stiftung gegen Rassismus koordiniert, in München ist die Fachstelle für Demokratie für die Programmkoordination zuständig. Das Programm zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2018 fand vom 12. - 26. März statt. In mehr als 70 Veranstaltungen füllten mehrere tausend Besucherinnen und Besucher durch ihre Teilnahme das Programm-Motto mit Leben: „100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus“. Gerade angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen waren die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2018 und das Engagement der vielen beteiligten Einrichtungen, Organisationen und Initiativen aus der Münchner Stadtgesellschaft ein wichtiges und deutliches Zeichen: für Demokratie, Humanität und Menschenrechte und gegen Ausgrenzung, Hass und jede Form von Menschenfeindlichkeit. 2019 finden die Internationalen Wochen vom 7. - 24. März statt. Die Fachstelle koordiniert hierzu erneut einen umfangreichen und vielfältigen Veranstaltungskatalog mit zahlreichen Kooperationspartnern in der gesamten Stadt sowie eine begleitende Plakatkampagne. Auch die Auftaktveranstaltung zum bundesweiten Programm wird 2019 in München stattfinden.

2.6. Postkarten- und Plakataktion „Ich bin Münchner – Ich bin Muslim“ / „Ich bin Münchnerin – Ich bin Muslima“

„Ich bin Münchner – Ich bin Muslim“ / „Ich bin Münchnerin – Ich bin Muslima“ – unter dieser Überschrift stand im Oktober 2018 eine Postkarten- und Plakataktion der Fachstelle für Demokratie. Ziel der Aktion war es, die Vielfalt muslimischen Lebens in München und dessen tiefe Verwurzelung in der Münchner Stadtgesellschaft dar-

zustellen. Gerade in einer Zeit, in der sich Musliminnen und Muslime verstärkt mit klischeehaften Zuschreibungen und rassistischer Stimmungsmache, mit Ausgrenzung und abwertenden Äußerungen oder gar mit Übergriffen konfrontiert sehen, wollte die Fachstelle mit dieser Aktion zudem ein deutliches Zeichen der Solidarität sowie gegen antimuslimischen Rassismus setzen.

2.7 Schulungsprogramm für künftige Antidiskriminierungsbeauftragte in muslimischen Vereinen

Gemeinsam mit der Stelle für interkulturelle Arbeit führte die Fachstelle für Demokratie im Jahr 2018 ein dreitägiges Schulungsprogramm für künftige Antidiskriminierungsbeauftragte in muslimischen Vereinen durch. Ziel des Schulungsprogramms war es, die Münchner Musliminnen und Muslime in ihrer Reaktion und ihrem Umgang mit muslimfeindlicher Diskriminierung zu stärken und unterstützen. Daneben sollte das Schulungsprogramm dazu beitragen, auch die Sensibilität für andere Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu erhöhen.

2.8 Solidaritätsaktion „Zusammenstehen gegen Antisemitismus“

Unter dem Motto „Zusammenstehen gegen Antisemitismus“ rief Oberbürgermeister Dieter Reiter am 8. Juni 2018 – zum 80. Jahrestag der Zerstörung der ehemaligen Münchner Hauptsynagoge – gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus der Stadtgesellschaft zu einer Solidaritätsaktion auf dem Jakobsplatz auf. An der von der Fachstelle für Demokratie organisierten Kundgebung, die sowohl dem historischen Gedenken als auch dem Widerstand gegen aktuelle Formen des Antisemitismus gewidmet war, beteiligten sich ca. 2.500 Münchnerinnen und Münchner.

3 Fazit und Ausblick zur Arbeit des Netzwerkes

Erfolgreiche Arbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie erfordert ein Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft bedarf der intensiven Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens. Da es sich um ein gesellschaftspolitisches Querschnittsthema handelt, sind nicht nur pädagogische Maßnahmen erforderlich, sondern auch eine Vielzahl von ineinandergreifenden Ansätzen.

Die hier vorliegenden Berichte des Netzwerks zeigen eindrücklich, dass München den Weg einer Vernetzung und Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft konsequent und erfolgreich beschreitet. Jede einzelne Stelle leistet einen wichtigen Beitrag zum großen Ganzen:

München als eine Stadt der Vielfalt zu erhalten, in der Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen ihre Heimat haben.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit II.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
an das Sozialreferat, S-II-KJF/JA
z. K.

V. Wv. -Direktorium FgR

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

Am